



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

191 (24.4.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333442](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333442)

# General-Anzeiger



Thronementz

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1443

Druckerei-Bureau (Einnahmen-Druckarbeiten) 041

Redaktion . . . . . 037

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . . . 018

70 Pfennig monatlich, halbjährlich 3 Mark, jährlich 6 Mark, durch den Postboten gegen Nachnahme 6 Mark, durch den Postboten 6 Mark, durch den Postboten 6 Mark.

Die Kolonial-Beilage . . . 25 Pfennig, die Anzeigen-Beilage . . . 50 Pfennig, die Reklam-Beilage . . . 1 Mark

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesellschaft und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Ausnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 191.

Freitag, 24. April 1908.

(Abendblatt.)

### Der Bloß des Berliner Tageblattes.

Obwohl auch das Berliner Tageblatt trotz seiner sozialistischen Färbung scharf von der Sozialdemokratie angefaßt wird, läßt es doch von Angriffen gegen den Bloß nach wie vor nicht ab. Dieses Blatt aber, das an dem Bloß kein gutes Haar läßt, hat seinen eigenen Bloß, der sicherlich viel ansehnlicher ist, als der vom Tageblatt so angegebene Bloß.

Dieser Bloß, der keiner ist, sondern nur so heißt, legt offenbar den größten Wert darauf, mit dem nationalen Bloß nicht verwechselt zu werden. Als Pariser Korrespondent des Berliner Tageblattes betrachtet er es als seine Hauptaufgabe, der deutschen Marokkopolitik soviel Schwierigkeiten als nur möglich zu bereiten. Das glänzendste Stücklein hat er letzter Tage geleistet. Er telegraphierte seiner Zeitung die Äußerungen Pariser Blätter, die das deutsch-französische Kamerunabkommen als für Deutschland besonders vorteilhaft hinstellten und andeuteten, Deutschland mühte dafür in der Marokkofrage den Wünschen Frankreichs entgegenzukommen. Herr Bloß fährt darauf wörtlich fort:

„Diese Worte beweisen, daß Frankreich in hoher Zukunft weiteres Entgegenkommen in der marokkanischen Angelegenheit von Deutschland erwartet. Als ähnliche Andeutungen vor einiger Zeit in französischen Blättern und auch an dieser Stelle laut wurden, wies die französische Regierung — etwas überflüssig — sie mit dem Vermerk zurück, daß sie eine Umänderung des Algierabkommens nicht beabsichtige, und daß sie weiter in den Grenzen dieses Abkommens bleiben wolle. Falls sie irgendwo ihre Ansicht geändert hat, wäre es gut, wenn sie etwaige Wünsche möglichst klar formulieren sollte.“

Die Naivität, mit der hier der Korrespondent eines deutschen Blattes sich mit den Anschauungen französischer Blätter in der Marokkofrage identifiziert, und die Ungeniertheit, mit der er als politische Antimiermannell die französische Regierung auffordert, mit neuen Wünschen an Deutschland heranzutreten, werden höchstens noch von der Naivität und Ungeniertheit des in der deutschen Reichshauptstadt erscheinenden Blattes übertroffen, das dieses haarsträubende Zeug wiedergibt. Statt seinem Korrespondenten den „blauen Brief“ zu schicken, hat bei einem bescheidenen Maße politischer Einsicht müßte sich ein deutsches Blatt darüber klar sein, daß deutsch-französische Kamerunabkommen besondere Vorteile erlangt zu haben, ganz abgesehen davon, daß dies auch sachlich nicht zutreffend ist. Die Kamerunfrage ist nach langwierigen Vorarbeiten an Ort und Stelle nichtschlüssig noch geographisch-sachlichen Gesichtspunkten geregelt worden; an einen politischen Kaufhandel hat keiner der beiden vertragsschließenden Teile gedacht. Wenn jetzt französische Blätter sich so anstellen, als ob Deutschland ein Gott weiß wie glänzendes Geschäft dabei gemacht habe, so ist das von ihrem Standpunkte aus ganz begreiflich und wir nehmen es ihnen durchaus nicht übel. Wie aber ein Vertreter deutscher Interessen darauf hereinfallen kann, ist bloßschin unerfindlich.

Ob Deutschland jemals daran denken wird, seine durch die Algierkonvention verletzten Rechte in Marokko gegen Vorteile

anderer Art einzutauschen, steht dahin. Es wäre aber von der deutschen Regierung und der deutschen Presse grenzenlos dumm, anzudeuten, daß man darauf warte, um der französischen Regierung und der öffentlichen Meinung Frankreichs nahe zu legen, daß uns Vorschläge erwünscht wären. Das wäre weder geschäftlich klug, noch sachlich richtig. Marokko bietet, wenn erst die Ruhe wieder hergestellt ist — tozuzurechnen die Franzosen mit ihrem gegenwärtigen System der „Beruhigung“ nicht gerade beitragen —, so viele Möglichkeiten wirtschaftlicher Erfolge und politischen Einflusses, daß Deutschland gar keine Eile damit zu haben braucht, mit diesen Ausfällen Handelsverträge abzuschließen. Sich nach der Art gewisser anreisender Handelsleute an die Stunden zu Kauf und Verkauf heranzudrängen, entspricht weder der Klugheit, noch der Würde des mächtigen deutschen Reichs. Ist das Augenmaß für Deutschlands Stellung dem Pariser Korrespondenten eines Blattes abhanden gekommen, so sollte doch das Blatt selbst es nicht verloren haben. Sonst setzt es sich der Gefahr aus, daß es zwar noch durch Störung unserer inneren Politik eine gewisse Rolle spielen kann, daß es aber in der äußeren Politik jeden Anspruch auf Beachtung verliert.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 24. April 1908.

#### Der Bund der Industriellen und die preussischen Landtagswahlen.

Wie wir mitteilten, hat der Bund der Industriellen in Ausführung der Beschlüsse seiner letzten Gesamtvorstandssitzung einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Vereine und Verbände gerichtet. Der Bund der Industriellen lenkt in diesem Aufruf die Aufmerksamkeit der ihm angeschlossenen industriellen Körperschaften auf die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen, er fordert insbesondere auf, in den Wahlvereinigungen für eine neue Wahlkreiseinteilung bezw. für eine Vermehrung der Sitze derjenigen Wahlkreise einzutreten, in denen Gewerbe, Handel und Industrie vertreten sind. Am ehesten hofft er jedoch dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß mehr Industrielle und Industriekreise in den preussischen Landtag gewählt werden, und er regt aus diesem Grunde an, daß die Vorstände der angeschlossenen Vereine und Verbände nach geeigneten industriellen Landtagskandidaten Umschau halten. In einer Begründung seiner Stellungnahme sagt der Bund der Industriellen u. a.:

„Was nicht die Industrie, beschränkte Eingabe, wenn die Industrie an denjenigen Stellen, wo die Besetzung gemacht werden, gar keine oder nur eine einseitige Vertretung hat, deshalb müssen unbedingt Industrielle selbst in den Landtag. Die politischen Parteien sind nicht geneigt, Industrielle in ihren Kreisen aufzunehmen, bevorzugen sich aber mit Recht über die Zurückhaltung dieser Kreise.“

Der Bund der Industriellen teilt weiterhin mit, daß sein Generalsekretär die ihm von der nationalliberalen Partei angebotene Landtagskandidatur im Kreise Schmalkalden-Eschwege angenommen habe.

Wie man hieraus ersieht, stellt sich der Bund der Industriellen auf einen anderen Standpunkt, als er von den Herren Reich und Genossen eingenommen wird, die bekanntlich einen Bund gewerblicher Arbeitgeber gründen wollen, um vor allen Dingen ein Fortschreiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu verhindern. Der Bund der Industriellen betont demgegenüber vor allen Dingen die Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen und strebt aus diesem Grunde eine größere Beteiligung der gewerblich entwickelten Kreise und der Industrie selbst an. Auf dem gleichen Standpunkt wie der Bund der Industriellen in Berlin dürfte, soweit wir unterrichtet sind, auch der Verband Sächsischer Industrieller stehen, wenigstens verläuft, daß der Verband den Eintritt in den Bund der gewerblichen Arbeitgeber seinerseits abgelehnt habe.

#### Fürst Bülow über die städtische Bodenfrage.

Der Vorstand des Deutschen Vereins für Wohnungsreform hatte vor einiger Zeit das von dem Generalsekretär des Vereins, Dr. v. Mangoldt verfaßte umfangreiche Werk „Die städtische Bodenfrage“, das wir mitgeteilt, Ende vorigen Jahres erschienen ist, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern, Herrn v. Weismann-Sollweg überreicht. Darauf sind jetzt von beiden Stellen Dankschreiben eingelaufen, die erkennen lassen, eine wie große Bedeutung beide Staatsmänner der städtischen Bodenfrage beilegen. In dem Schreiben des Reichskanzlers heißt es unter anderem:

„Die kraftvolle Entschiedenheit des deutschen Städtebaus und die mit ihr in engster Zusammenhang stehenden wachsenden Schwierigkeiten, die sich der Schaffung von gesunden und preiswerten Wohnungen in genügender Zahl entgegenstellen, machen die Lösung der mit der städtischen Bodenfrage im Zusammenhang stehenden sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben zur unabweisbaren Notwendigkeit. Mit lebhaftem Interesse habe ich von den Vorschlägen des Herrn Dr. v. Mangoldt für die Reform Kenntnis genommen. Ich habe den Wunsch und die Hoffnung, daß der verdienstvollen Arbeit von den in erster Linie interessierten Kreisen der kommunalen Verwaltung die ihr gebührende Beachtung geschenkt werden möge.“

Das Schreiben des Staatssekretärs v. Weismann-Sollweg enthält folgende Stellen:

„Von der zusammenhängenden Darstellung der durch die städtische Bodenfrage geschaffenen schwierigen Probleme, die ich als eine sehr verdienstvolle Arbeit bezeichnen möchte, besonders aber von den beachtenswerten Reformvorschlägen habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Wenn auch die praktische Bodenpolitik in erster Linie an den Aufgaben der Gemeinden gebunden ist, so würde ich doch den auf die Befestigung der Wohnstätten im Städtebau und Wohnungsnotwendigkeiten abzielenden Bestrebungen hienach besondere Aufmerksamkeit, um soviel die Mitwirkung des Reiches in Frage kommen kann, auch meinerseits zur Lösung der schwierigen Aufgaben beitragen.“

#### Die Parteien im Wahlkampf.

Für die Landtagswahlen in der Provinz Westfalen wurde nach langwierigen und zum Teil außerordentlich schwierigen Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Partei ein Kompromiß auf der Grundlage der Wahrung des Bestandes abgeschlossen. Die Nationalliberalen ziehen dementsprechend ihre schon profa-

### Russische Klosterkerker

In der Stadt Suzdal des Gouvernements Wladimir liegt am Ufer des Nischnen Dnenez, welches in zahlreichen Windungen den freundlichen Ort durchströmt, das Kloster des heiligen Iosif; hohe steinerne Mauern mit breiten, trohigen Türmen umschließen es von allen Seiten. Die Schloßartigen in den Türmen, die eisenbeschlagenen dicken Türhölzer mit den schweren Riegeln und Vorlöschlöchern machen diese Stätte des Friedens, wo weltliche Menschen ihre Asche suchen, einer Zwingburg ähnlich. Eine solche ist das Kloster für so manchen unruhigen Geist geworden; hierher wurden die „geistlichen Verbrecher“ verbannt. So hat das Kloster Suzdal im geistigen Leben Russlands etwa dieselbe Rolle gespielt, wie die Peter Paulskirche in Petersburg im politischen Leben. Seit dem 17. Oktober 1905 hat aber auch hier so manche Seele ihren Inhaber verlassen.

Gegenüber diesem Kloster liegt am andern Ufer des Nischnen ein zweites, welches nur weibliche Insassen beherbergt — Pokrow. Auch dieses hat seine historische Vergangenheit und so manche hochgeborene Frau aus kaiserlichem Geschlecht beschloß hier ihre letzten Tage. Hierher sandte der Großfürst von Moskau, Wassilj Wassiljewitsch, der Vater Iwans des Schrecklichen, seine erste Frau Salomone, die ihm keinen Leibeserben schenkte. Hier wurde eine der sieben Gemahlinnen Iwans des Schrecklichen Anna Wassiljewna eingeliefert. Hierher verbannte Peter der Große 1690 seine erste Gemahlin Eudoxia Lopuchin; ganze 18 Jahre schmachtete sie in ihrer Zelle.

Das tiefe Geheimnis, welches das Leben in den beiden Klöstern umgab, begünstigte die Bildung schauerlicher Legenden in Volk, von unterirdischen Jellen und finstern Berichten, in denen die Einzelkerker mit schweren Ketten an die Wand geschlossen, oder lebendig eingemauert waren. Später hat sich Vieles davon als Fabel erwiefen.

In der Gründungsurkunde des Suzdalschen Klostergefängnisses, welche unter der Regierung Katharinas der Zweiten, im Jahre 1768 erliefte, ist eine besondere Verfügung ausgesprochen, daß die Eingekerkerten nicht in Ketten gehalten werden dürfen. Später ist dem Vorsteher des Klosters, dem Archimandrit, gestattet worden, in einzelnen Fällen das Anketten-schließen anzuwenden. Nach jetzt sind in einzelnen Zellen die zwei Rad-Schweren, an der Wand befestigten Ketten zu sehen, welche den armen damit Gefesselten kaum einen Schritt freier Bewegung gestatten. Sonst aber ist als Bestrafungsmittel der aus Verzweiflung Todenden meist nur der Hunger angewandt worden.

In den letzten Jahrzehnten ist das Kloster übrigens lange nicht mehr so streng geschlossen und vielen Besuchern zugänglich gemacht worden. Die ständigen Mönche haben sich aus diesen weltlichen Besuchen sogar eine reichliche Einnahmequelle zu schaffen gewußt. Innerhalb der Klostermauer ist für fromme Besucher sogar ein zweifaches Gasthaus entstanden, dessen obere Hälfte für das sogenannte „reine Publikum“ — die weltlichen Stände bestimmt ist, während das Erdgeschloß die Räume zur Aufnahme des „schwarzen Volkes“ enthält. — Die Einwohner der Stadt erzählen, daß der jetzige Siedelmeister der Mönche arm wie eine Kirchenmaus ins Kloster getreten sei, jetzt aber ein häßliches Vermögen besitze. Er hat alle Aufgaben des Klosters, Bauen, Reparieren, Einkäufe etc. zu besorgen und verdient manchen Rubel von den Besuchern. Hierher werden hauptsächlich Sekulärer verbannt, Leute, die sich in ihrer Heimat durch geistliche Lehre und ihre Leben Ansehen erworben. Die tief religiöse Natur des russischen einfachen Mannes ist nun leicht bereit, in jeder neuen, wenn auch unverständlichen, oft überflüssigen Lehre eine prophetische Offenbarung zu sehen; so kam mancher der hier eine prophetische Offenbarung zu sehen; so kam mancher der hier im Kloster festgehaltenen Verbrecher in den Ruf eines Propheten oder Heiligen und lockte Scharen von Wallfahrern, meist Heilmittelsuchenden, an. Eine Zusammenkunft mit einem solchen Verbrecher ist nur mit Genehmigung des Archimandriten — nach

Erhalt seines Segens möglich; dieser aber überließ im letzten Jahrzehnt allen Verkehr mit weltlichen Personen dem Siedelmeister und Bruder Iosif, welcher dabei ein wohlhabender Mann. — So lebte hier lange Jahre ein Bauer des Charkowschen Gouvernements namens Podgorin, der eine Lehre ähnlich der „Uchlowitz“ (die Abtötung des Fleisches antreibend) verbreitet hatte. Es war ein roter, rober, gewalttätiger Mensch, aber seine Heimgenossen hielten ihn für einen postbenedikten Mann und wallfahrten zu ihm. Doch auch andere Geiragene hat die „Feste Suzdal“, wie das Kloster im Volksmunde heißt, beherbergt; davon gibt der Priebhof des Klosters Kunde. — Unter den vielen einfachen Grabsteinen und den eingestampften grabwachenartigen Hügelchen fallen zwei prächtige Denkmäler aus glänzendem schwarzen Marmor auf. Das erste ist im Frühjahr, 1834 stehende Apfelbäume ihre Zweige darüber neigen. Das zweite trägt an der Vorderseite die Inschrift: „Kollegientat aus Riesen Dantsch-Komensk, gestorben am 22. Januar 1829“ — auf der Rückseite die Worte: „dem brüderlichen Freunde.“ Auf dem andern Monument las ich folgendes: „Hier ruht die Asche des Gottesdienstes Bedor Petrowitsch Sawodnowsky, der aus dem irdischen Jammerlief zur ewigen Seligkeit einzog am 24. Mai, 1829.“ — Offenbar hatte eine lebende Genossin die beiden Denkmäler errichtet. Beide Männer hatten einst im politischen Leben eine Rolle gespielt; sie waren an der Verchwörung der Dekabristen beteiligt. Für sie hatte doch noch lebende Liebe sorgen können — wieviel einsame, von der Welt vergessene müde Seelen aber schlummerten unter den andern Hügelchen?

Mit einem Gefühl der Erleichterung verließ ich das Kloster. Dr. R.

### Buntes Feuilleton.

— Ein „Gestrebter“ mit dem Leierkasten, so wird geschrieben, ist seit mehreren Wochen eine neue Erscheinung in Berlins Straßen.

merkten Sonderkandidaturen im Wahlkreis Hagen-Schwelm zurück und unterstützen die beiden freisinnigen Kandidaten. Als Gegenleistung gewähren die freisinnigen den Nationalliberalen Wahlhilfe in den beiden Kreisen Aken-Zierlöh und Hamm-Sooch. In Halle-Perleberg werden zwei Nationalliberale und ein Freisinniger aufgestellt. In Minden-Lübbecke werden gleichfalls ein Freisinniger und ein Nationalliberaler in die Mandate. Es muß anerkannt werden, schreibt die „Voss. Zig.“, daß die Nationalliberalen unter Verzicht auf zwei sichere Mandate, die ihnen von den Konservativen in den beiden letztgenannten Wahlkreisen angetragen waren, ein Wahlabkommen mit dem Linksliberalismus vorgezogen. Der Kampf der verbliebenen Liberalen wird im Osten der Provinz gegen die gemeinsam vorgehenden Konservativen und Christlichsozialen geführt. Im Westen haben die Liberalen ihre ganze Stosskraft gegen Zentrum und Sozialdemokratie zu richten.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses veröffentlicht in der „Germania“ einen etwas langgeateten Wahlaufruf. An die Spitze gestellt wird die Frage der Wahlreform. In Bezug darauf heißt es wörtlich:

„Wir sind bereit, an der schweren Aufgabe einer Wahlreform mit voller Hingabe für die Interessen unseres Volkes und Staates und unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der wahlberechtigten Staatsbürger mitzuwirken. In welcher Richtung sich für diese Reform unsere Wünsche und Forderungen bewegen, ergibt unsere Stellungnahme von allerhöchster Stelle. Wir haben dieselbe nach unserer Zeit im Parlament wiederholt ausgesprochen. Deshalb bedauern wir lebhaft, daß die königliche Staatsregierung nicht einmal die Erhebung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime für diese Reform in Aussicht gestellt hat. Sache der Wähler wird es sein, in vollkommener Anteilnahme an der bevorstehenden Wahl ihre Meinung zu demselben Ausdruck zu bringen.“

Es erhellt nicht aus diesen vorsichtigen Wendungen, wie das Zentrum zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen steht. Das Zentrum ist in dieser Frage gespalten, der größere Teil der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses hat sich für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausgesprochen.

Gefordert wird natürlich ein Zentrumsaufschwung die Aufrechterhaltung der innigen Verbindung zwischen Kirche und Schule und der „berechtigten“ Einwirkung der Kirche auf heilige Erziehung der Jugend, ferner die volle Freiheit der Kirche, die nach unter den Ueberresten der sogenannten Kulturkampfgesetzgebung zu leiden habe. Man weiß, was das Zentrum unter voller Freiheit der Kirche versteht: die freie Kirche im unfreien Staate.

**Die Feuerbestattung in Preußen.**

In der Frage der fakultativen Feuerbestattung in Preußen erfuhr der „Voss. Zig.“ in Ergänzung bisheriger Mitteilungen, daß das Ministerium des Innern in der Tat einen Gesetzentwurf bereits vollständig ausgearbeitet hatte. Die Regierung trug jedoch alsdann Bedenken, den Entwurf im Landtage einzubringen, und es wurde für günstiger erachtet, erst den Spruch des Oberverwaltungsgerichts in der Haager Streitfrage abzuwarten. In dieser Haltung der Regierung dürfte, wie schon früher angedeutet, die Stellung der Konservativen und des Zentrums zu der Angelegenheit mit beigetragen haben. Was die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts betrifft, so wird daran erinnert, daß das entsprechende Gericht des Königreichs Sachsen in der gleichen Frage eine Entscheidung zugunsten der Feuerbestattung getroffen hat, indem es erklärte, es sei diese Art der Beisetzung im Landesgesetz nicht verboten. Die Stadt Chemnitz hatte das Gericht angerufen. Dennoch bedurfte es erst eines besonderen Gesetzes, bevor Chemnitz die Schlussfolgerung aus der ihm günstigen Entscheidung ziehen durfte, da die Benutzung des Krematoriums im landespolizeilichen Interesse verboten worden war. Bei den Beratungen über den preussischen Entwurf sind solcher Fälle mehrere an das Licht gezogen oder aufs neue in Erinnerung gebracht worden. So hatte das Krematorium zu Wörlitz bei London vom Jahre 1879 bis 1885 nicht benutzt werden dürfen, bis ein allgemeines Gesetz die Feuerbestattung in England für zulässig erklärte. Ebenso in Kopenhagen, wo die Verbrennungshalle von 1888 bis 1893 ihrer Bestimmung

entzogen blieb. Das Krematorium in Offenbach endlich stand vom Jahre 1889 bis 1899 zwecklos da. Und in England wie in Dänemark und in Deutschland war das betreffende Verbot im landespolizeilichen Interesse ergangen. Von den deutschen Bundesstaaten haben jetzt zwölf ihren Widerstand gegen diese Bestattungsform aufgegeben. Es sind dies in chronologischer Folge: Sachsen-Stoburg-Goltha, Baden, Hamburg, Sachsen-Weimar, Hessen, Württemberg, Bremen, Anhalt, Lübeck, Sachsen-Meinungen, Königreich Sachsen und Neuchâtel.

**Deutsches Reich.**

(Brinz Rupprecht und der Flottenverein.) Die Meldung aus München, wonach Prinz Rupprecht von Bayern dem bayerischen Flottenverein angezogen haben sollte, er sei bei etwaiger Nichtwiederwahl des alten Reichstags in Danzig bereit, das Protektorat wieder zu übernehmen, wird von der Adjutantur des Prinzen Rupprecht als unrichtig bezeichnet.

(Eine Konzepte des Weibischs.) Wie die polnische Blätter übereinstimmend melden, ist Weibisch Dr. Wikowski, der derzeitige Vertreter der verwaisten Erbsöhne Polen-Osien, am Dienstag nach Rom abgereist. Ueber den Zweck dieser nach dem unmittelbaren Befehl des Reichskanzlers Fürsten Billow besonders auffälligen Reise ist nichts bekannt geworden.

(Polnische Drohbriebe.) Der Oberpräsident der Provinz Posen, der Regierungspräsident und der Vorsitzende der Ansiedlungskommission sollen eine Reihe Drohbriebe in polnischer Sprache erhalten haben, in denen ihnen das Schicksal des Statthalters von Galizien wegen brutaler Unterdrückung der polnischen Nation angedroht wurde. Die bedrohten Beamten sollen unter polnischen Säug gestellt worden sein. Die Drohbriebe wurden in Posen und Osien zur Post gegeben.

(Deutsch-Marokkanische Gesellschaft.) Die öffentliche allgemeine Versammlung der Marokko-Interessenten findet am Samstag, den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr, zu Berlin, im Architektenhaus statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Notwendigkeit energischer Maßnahmen zur Wahrung deutscher Interessen in Marokko gegenüber Frankreich, mit Bezug auf die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs des Neuhern im Reichstag zur Marokko-Frage. Redner: Graf Ernst zu Reventlow.

**Rundschau im Auslande.**

**Die Engländer und ihr König.**

Die Zeitungen können sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß König Eduard seinen neuen Premierminister nicht in England, sondern von Biarritz aus ernannte. Bekanntlich fing die „Times“ damit an, allerhand Bedenken auszusprechen und darauf hinzuweisen, daß der König kein Recht habe, seiner persönlichen Bequemlichkeit wegen während eines solchen Moments im Ausland zu bleiben, und nachher folgten eine Menge Blätter nach und sprachen sich in rückwärtsloster Weise über das Vorgehen des Monarchen in dieser Angelegenheit aus. Jetzt geht ein Blatt sogar so weit, die Aufschrift eines Jurijens zu veröffentlichen, der läßt behauptet, daß die Ernennung Mr. Asquiths zum Premier überhaupt ungültig sei, weil sie auf ausländischem Grund und Boden stattgefunden habe. Es wird ausgeführt, daß der König der Verfassung gemäß nur in seinem eigenen Lande Souverän sei, im Auslande aber nur als Privatmann angesehen werden könne, ein von ihm im Auslande vollzogener Staatsakt sei daher einfach ungültig.

**Der Sozialistenbund der Loire.**

erließ zu den Gemeindevahlen einen Aufruf, in dem das Gütergemeinheitsprogramm und die Umwandlung der Privatbetriebe in Staatsregionen des Sozialismus wiederholt wurde und der auch die Unterschrift des Abgeordneten von Saint Etienne und des Justizministers Briand trug. Daraufhin kündigt der

Polladenbesetzung gelangten Kunde, der den Vorfall trug, ging mit den Worten vor: „Herr Hauptmann, gehen Sie meine Frau und meine Kinder!“ und entzündete dann, durch einen Schuß in die Brust schwer verwundet, den Pulverfaß mit einem Streichhölzchen. Ein Hauptmann und ein Leutnant wurden leicht verwundet, der einzige unverwundet gebliebene Gemeine Soldatmann hat es später bis zum General gebracht. Das Denkmal wird errichtet von ehemaligen Kameraden des 3. Brandenburgischen Pionierbataillons von Rastatt; es zeigt die Bronzepläne eines Mannes, wie er schwer verwundet über einer zertrümmerten Polladenwand zusammensinkt, und wird allen in den Kriegen seit 1864 gefallenen Pionieren des 3. Bataillons gewidmet.

(Eine neue Wirtin des Kaiser.) Es ist bis jetzt in der Öffentlichkeit noch nicht bemerkt worden, daß der Kaiser seinen Schwarzbart vor einiger Zeit eine andere Form gegeben hat. Er hat die harr aufwärts gerichteten Schmelzspitzen aufgegeben und trägt jetzt den Bart lang ausgezogen. Die Spitzen sind nur noch in einem möglichst krummen Winkel in die Höhe gerichtet. Ueber den Anlaß zu dieser Aenderung erzählt die „Information“: Beim Angedenken einer Jagarte wurde die kaiserliche Wirtin bis über die Hälfte verrennt, was zur Folge hatte, daß auch die rechte entsprechend gekürzt wurde. Die neue Wirtin fand den Beifall der Kaiserin, worauf sich der Kaiser entschloß, sie beizubehalten. Uebrigens zeigt bereits das Bild des Kaisers als Dolcher von Oxford die neue Tracht.

(Ein Wirtinshaus für Arbeiter, das aus den Mitteln einer wohlthätigen Stiftung errichtet wurde, ist dieser Tage in Paris an der Ecke der Rue d'Allemagne und der Passage de Metz in der Benutzung übergeben worden. Man hat beim Bau des Hauses an solche Arbeiter und Handwerker als Einwohner gedacht, die zu Hause in ihrer Werkstatt arbeiten. Infolgedessen gehört zu jeder Wohnung ein besonderer Arbeitsraum, ein Keller, das mit einer elektrischen Anlage zum Antreiben und zur Bewegung der Arbeitsmittel versehen ist. Das Haus hat zwei Höfe und sechs Etagen. Der Zugang zur Werkstätte befindet sich unmittelbar vom Treppenhof, so daß die Kunden und Auftraggeber nicht erst die Wohnräume der Arbeiter zu betreten brauchen. Die einzelnen Wohnungen bestehen aus zwei und drei Zimmern und kosten jährlich je nach Lage 50 bis 100 Mark Miete. In besonderer Weise ist bei der Anlage auf die Kinder Rücksicht genommen worden. Im Erdgeschoß befindet sich eine geräumige und lustige Halle, in der die Kinder bei Regen und schlechtem Wetter spielen können. Außerdem hat man auf dem Dach eine Terrasse angelegt, auf der sich an heißen Sommerabenden die Eltern mit den Kindern zur Erholung aufhalten sol-

ten. Der Nationalist Gantier aus Clagny an, er werde vom Justizminister Rechenschaft darüber verlangen, ob er Mitglied des Sozialistenbundes der Loire sei und die Absicht habe, die kapitalistische in eine kollektivistische Gesellschaft umzuwandeln. Briand wartet die Frage nicht ab, sondern erklärt, seine Unterschrift sei ohne seine Zustimmung unter den Akten des Sozialistenbundes der Loire gesetzt worden.

**Muley Hafid's neue Europa-Mission.**

Ueber die neue Gesandtschaft, die Muley Hafid nach Europa schickt, teilt der „Petit Parisien“ folgendes mit: Die Gesandtschaft wird von zwanzig marokkanischen Würdenträgern gebildet, von denen die vornehmsten Sidihami, der Gouverneur von Marrakech und der Bruder des hafidischen Kriegsminister Kassi sind. Sie wird von einem Europäer aus Tanger begleitet. Die Herren sollen sich nach London und Berlin begeben und dort die Anerkennung Muley Hafids als Sultan von Marokko zu erlangen suchen. Außerdem soll die Gesandtschaft die Mächte bitten, durch freundschaftliche Verwendung bei Frankreich dafür zu sorgen, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden. Die Gesandtschaft wird auch Madrid und Paris besuchen, um direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Die Marokkaner haben sich auf dem englischen Dampfer „Penhult“ eingeschifft und dürften inzwischen in Gibraltar eingetroffen sein.

**Badische Politik.**

**Zur Frage der Arbeitskammern.**

Man schreibt uns: Durch mehrere Blätter geht die Nachricht, zur Frage der Arbeitskammern habe der Allgemeine Fabrikanten-Verein ein Ansinnen an das Ministerium des Innern in Form einer Stellung genommen. Es wäre interessant zu erfahren, an welchen Ansinnen. Ueber das Sachverden wird berichtet:

Darin wird das Verlangen der Arbeiter nach einer Vertretung ihrer Interessen durch eine leitende des Staates geschaffene Kammer (Arbeitskammer) grundsätzlich als berechtigt anerkannt, jedoch solle an die Errichtung von Arbeitskammern erst dann getreten werden, wenn die Berufsorganisationen der Arbeiter, in auch die Organisationen der Arbeitgeber, weiter erstarkt sind, um einen zureichenden Stand der sozialdemokratischen Bewegung unabhängig gemacht haben. Bis dahin solle auch auf alle Fälle ein allgemeines direktes Wahlsystem abgesehen werden, da sonst die Gefahr zum Zusammenstoß parteipolitischer Leidenschaften gemacht und die Arbeitskammer selbst wieder ganz der politischen Agitation von Seiten der Sozialdemokraten anheimfallen würde. Bei dem derzeitigen Stand der Dinge hält es der Fabrikantenverein für das Beste, wenn man die Lösung dieser Frage solange verschoben würde, bis die Verhältnisse dazu reifer geworden sind. Sollte aber schon heute etwas geschehen, so sei der Zweck einer Milderung und Ausdehnung der sozialen Gesetze eher durch parteipolitische Arbeitskammern zu erreichen, obwohl die Hoffnungen des Fabrikantenvereins nach dieser Richtung noch geringe sind. Der Aufsatz solle auf der Grundlage von Berufsorganisationen (Verbandsorganisationen) erfolgen, und die Kosten sollen zum Teil von den Arbeitgebern, zum Teil von den Arbeitern, zum Teil von dem Reich oder dem Einzelstaat getragen werden.

Bekanntlich steht die deutsche Industrie der Errichtung von Arbeitskammern ablehnend gegenüber.

**Koloniales.**

**Der Deutschkoloniale Frauenbund.**

Plant in Westmanhood die Errichtung einer Anstalt für gelähmte Dienstmädchen. Ehe sie die freie Welt antritt, haben sie sich in einer anerkannten Haushaltungspflicht in einer Stadt prüfen zu lassen, ob sie den wirtschaftlichen Ansprüchen für die Kolonien genügen. Sie haben vorher einen Gesundheits- und ein polizeiliches Führungszeugnis an den Deutschkolonialen Frauenbund einzufügen, welcher daraufhin die Prüfung beantragt. Um die erste Anstalt für die arbeitenden Frauen in den Kolonien zu errichten, sind der sich die Frauen ihre häuslichen Hüfen holen sollen, ist vor allem ein Kapital erforderlich. Der Frauenbund bildet im Beitritt von Mitgliedern, welche für den großen Zweck — Deutschkoloniale Frauen in den Kolonien anzuführen — werden wollen. Dazu braucht er großes Interesse und Geld. In Westmanhood geschickt, dann soll in der Nähe von Windhut eine schöne Heimstätte auch für die gelähmten Frauen entstehen. Geldwendungen werden erbeten an die Bankstelle des Deutschkolonialen Frauenbundes, Nummer 2, Kommerzien-

len. Am Treppengeländer ist eine sinnreiche Vorrichtung angebracht worden, die es verhindert, daß die Kinder auf dem Treppengeländer hinunterstürzen und durch Sturz verunglücken. Alle Räume und Wohnungen des Gebäudes sind mit elektrischer Beleuchtung versehen.

**Beiträge zur Frauenfrage.**

**Auskunftsstelle für Frauenberufe.**

L 12, 13 3. Etod.

Sprechstunden: Mittwoch von 10-11.

**Der Ochs-Lothringische Lehrerbinnenverein.**

wird nächsten Samstag, 25. April, in Strassburg seine diesjährige Hauptversammlung abhalten. Die Verhandlungen, zu denen auch Gäste Zutritt haben, beginnen morgens 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Fragen, die für die Mädchenbildung, wie für die berufliche Förderung der Lehrerinnen von großer Bedeutung sind. Es wird verhandelt werden über die Mädchenfortbildungsschule, über die Lehrerin im Ostschulverband, über Lehrerinnenbildung und Weiterbildung.

**Die Resultate des Frauenstimmrechts in Australien.**

Nach der internationalen Zeitschrift „Les documents du Congrès“ hat die Zulassung der Frauen zur Wahlurne in Australien keine fühlbare Veränderung in der Lage der Parteien gebracht. Die Stimmen der Frauen verteilen sich unter die verschiedenen Parteien in demselben Verhältnis wie die der Männer. Dagegen hat das Frauenwahlrecht in einer anderen Richtung Neues geschaffen. Es hat die antialkoholische Gesetzgebung hervorgerufen und in moralischer Hinsicht die Zusammenfassung der verschiedenen repräsentativen Körperschaften geboten. Die Frauen hatten in der Tat viel mehr als die Männer auf moralische Eigenschaften der Kandidaten, sowohl auf Bezug auf ihr Verhalten im öffentlichen Leben wie auf gute Charakter im Privatleben. In Neuseeland gab das Gesetz „Local Option“ den Frauen Gelegenheit, ihre Energie zu zeigen. Kraft dieses Gesetzes kann in jedem Distrikt und in jeder Stadt eine Majorität aus drei Fünftel der ganzen Bevölkerung, Männer und Frauen, die Schließung aller Alkoholfabriken für eine Dauer von fünf Jahren durchzuführen. In ganz Neuseeland haben sich die Frauen nun dieser Sache gegen den Alkoholismus bedient, dessen verhängnisvolle Folgen für das Familienleben sie nur zu gut kannten. Sie schloßen sich überall zusammen, um den öffentlichen Verkauf von Alkohol zu verhindern.

Depotbesitzer, Depositionskasse N. Berlin W. 9, Potsdamerstraße 1: ...

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 24. April 1908.

Verleidigungsprozess Christmann contra Ged.

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute eine Privatverleidigungs-Deposition des Karlsruher Vertreters des Mannheimer General-Anzeigers, Redakteur Christmann gegen den politischen Redakteur der Volkstimme, Oskar Ged. verhandelt.

Der Vorsitzende macht vor Eintritt in die Verhandlung einen Vergleichsvorschlag, der von dem Beklagten nach Rücksprache mit seinem Verteidiger abgelehnt wird.

Es wird infolgedessen in die Verhandlung eingetreten und zunächst die Personalien des Beklagten festgestellt. Nach dem hierauf erfolgten Eröffnungsbeschluss ist der Beklagte beauftragt, als verantwortlicher Redakteur der Volkstimme den Kläger in vier selbständigen Heftungen beleidigt zu haben.

Verlesung der inkriminierten Artikel.

Die Veranlassung zu der Erhebung der Verleidigungsfrage gab eine Presstheorie, die durch folgenden Artikel des Mannheimer General-Anzeigers im Abendblatt vom 24. Juni 1907 unter der Rubrik 'Nationalistische Politik' mit der Spitzmarke 'Note Radenbrüder' eingeleitet wurde:

Ludwigshafen, 24. Juni. Man schreibt uns: Mit beispiellosen Redaktionen und unerhörten Vergewaltigungen haben die hiesigen Sozialdemokraten unter dem beschriebenen Befehl der Herren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Ehrhart, Winter, der Sozialistenführer Huber, Kleefoot, Köhler und Probst die Versammlung...

Diesem Artikel folgten im Mittagsblatt des Mannheimer General-Anzeigers vom 25. Juni 1907 folgende ergänzende Anmerkungen unter der gleichen Rubrik mit der Spitzmarke: 'Vom kleineren Uebel':

Ludwigshafen, 24. Juni. Neben die unwürdigen Szenen, zu denen es am Samstag im hiesigen Saale infolge des schändlichen Verhaltens der Sozialdemokraten unter Leitung ihres 'revolutionären' Oberkammerherrn gekommen ist, wird in Ludwigshafener Blättern auch ausführlicher berichtet. Nach diesen tragen wir folgendes nach: Kaum hatte der Vorsitzende des liberalen Arbeitervereins, Strindberg, das Podium betreten und einige Worte der Begrüßung an die Versammlung gerichtet, als Redakteur Kleefoot von der 'Völk. Post' das Wort zur Geschäftsordnung verlangte und den Antrag auf Bureauwahl stellte.

berufen glauben. Eine Nichtbeteiligung Böhlers, Huber habe in Karlsruhe 25 Minuten gesprochen, wurde niedergebührt, schließlich führten die Genossen, der Ehrhart-Proletariat Dr. Kochly voran, das Podium, das jeden Augenblick der Beginn einer großen Schlägerei erwartet werden konnte. Unter diesen Umständen konnten die Liberalen natürlich nichts tun, als den Saal zu verlassen — die 'Genossen' hatten ihre Absicht erreicht — die Versammlung war gesprengt.

Die in Karlsruhe erscheinende 'Bödische Landeszeitung' übernahm diesen zweiten Artikel und knüpfte daran mehrere Bemerkungen, die sich gegen die Auffassung zeigten, daß durch die Vorgänge in Ludwigshafen die bödische Stadtverordnetenversammlung irgendwie tangiert werden könnte.

In der 'Volkstimme' erschien auf die oben wiedergegebenen beiden Artikel in der Nummer vom 27. Juni v. J. folgende Antwort:

Liberaler Preßverleumdung.

Der Mannheimer 'General-Anzeiger' führt fort, die frechen Verleumdungen unserer Ludwigshafener Parteigenossen durch die vom Wahlbureau des hiesigen Volkshauses ausgehenden gegen die Sozialdemokratie gerichteten, Gekränkter knüpfte er an einen bodenlos gemeinen und von lächerlichen Entstellungen geradezu strahlenden Bericht über die Stadtverordnetenversammlung auf dem Podium die Bemerkung:

Mit Leuten solchen Schlags, wie diese pfälzischen Revolutionen macht man aber dem Rhein auf badischer Seite politische Geschehnisse. Das mag ja den Übermut der roten Terroristen ins Ungemessene steigern.

Die 'Karlsruher Landeszeitung' weist diese nichtsnährige Tendenz dieser liberalen Preßverleumdung, durch Verleumdung der Sozialdemokratie Stimmung für den Anschlag der Nationalliberalen an die Konventionen zu machen, schon von sich aus zurück, und wie haben nach dieser Richtung hin ihren Worten nichts hinzuzufügen. Was uns zu einem näheren Eingehen auf die neueste Schandleistung des Herrn Georg Christmann zwingt, das ist die Tatsache, daß dieser antisozialistische Verleumdungsfeldzug zu Ruh und Ruhmen der sozialistischen Reaktion von einem Herrn unternommen wird, der noch vor 1 1/2 Jahren als schärfster Gegner der ammonischen Rechtsprechung galt und dem selbst der am weitesten linksstehenden Liberalen noch nicht radikal genug war.

Die von Herrn Christmann so schmählich von oben herab behandelten Vertreter der Karlsruher liberalen Presse würden sich über manchen Streich Christmanns weigern zu wandern, wenn sie die Auffassung kennen würden, die dieser Herr vor noch nicht allzu langer Zeit einigen politischen Gegnern gegenüber gelegentlich einmal über seine parteipolitischen Pläne äußerte. Wer es so wenig ehrlich und ernst mit seiner eigenen Partei meint, wie es jene Äußerung verrät, und wer dergegenüber von einem parteipolitischen Exzess ins andere fallen kann, der darf sich nicht wundern, wenn man ihm das Recht abspricht, über das Gebotene anders denkender sich zum Richter aufzuwerfen. Nach unserem Dafürhalten hätte Herr Christmann allen Anlaß, seinen liberalen Preßkollegen, wie auch dem politischen Gegner gegenüber recht behutsam anzutreten, damit nicht einmal einer in die Rahmenlosigkeit verlegt wird, von den angebotenen Dingen den Schleier des Geheimnisses zu heben. Herr Christmann wird uns sicher betören und sich auch darauf richten.

Als der Kläger noch am gleichen Tage die 'Volkstimme' anforderte, mit der Sprache herauszurücken, antwortete die 'Volkstimme' in der Nummer vom 28. Juni wie folgt:

Herr Georg Christmann

Der derzeitige J. V. Politische des Mannheimer General-Anzeigers richtet an das Ansehensgefühl des Volkstimmes den Appell, sie möge der Öffentlichkeit die Kenntnis von 'einen unehrlichen parteipolitischen Plänen nicht vorenthalten. Dem Wanne kann geholfen werden. Wir stellen zu diesem Zwecke als unauflösliche, durch mehrere Zeugen beweisbare Tatsachen das folgende fest:

Während der letzten Landtagssession 1905-06 wurde den Nationalliberalen der Witzlingen Richtung wegen ihrer Haltung in der Tarifreformfrage von den Karlsruher Jungen bekanntlich hart zugelegt und besonders Herr Georg Christmann war es, der den ammonischen Scheinliberalismus heftig bekämpfte. In einem öffentlichen Briefwechsel Karlsrubes äußerte er sich damals in Gegenwart Dritter einem demokratischen Abgeordneten gegenüber dahin, er wolle die jungliberalen Völksporne ins demokratische Lager hinführen und hoffe von dieser Seite auf Entgegenkommen. Eine Antwort wurde Herrn Georg Christmann von dem demokratischen Abgeordneten auf diese seltsame Proposition begrifflich nicht zuteil; der Herr schwieg diesem und machte sich über Herrn Georg Christmann seinen Teil gebüßt haben. Heute bekämpft der Herr Georg Christmann den liberal-sozialistischen Großblöck und befürwortet mit Ammon den Anschlag der Liberalen nach rechts.

Im 'Mannheimer General-Anzeiger' wurde daraufhin vom Privatkläger, der während dieser Polemik den politischen Redakteur vertrat, geantwortet, daß es sich um ein Scherzstück handele und daß er der 'Volkstimme' vor Gericht Gelegenheit geben werde, den Wahrheitsbeweis schuldig zu bleiben.

Am 29. Juni erschien dann in der 'Volkstimme' der dritte inkriminierte Artikel, in dem es heißt:

Si fecisti nega!

Ich leugne alles und erwarte den Gegenbeweis, denkt Herr Christmann und erklärt den von uns genannten Nachweis seiner unehrlichen parteipolitischen Pläne für eine plumpe Erfindung, gegen die er sich vor Gericht schützen werde. Wie man sieht, macht die Redlichkeit des Hangevetters Schule. ... Durch die Verleidungsfrage, die Herr Georg Christmann gegen uns angestrengt zu wollen vorgeht, geht es zu, daß die von uns wider ihn erhobenen Beschuldigungen geeignet sind, ihn verdächtig zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabwürdigend. (Paragr. 186 R.St.G.B.) Wir stellen dies

schon jetzt fest, damit Herr Georg Christmann nicht hinterher, wenn wir den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen erbracht haben, mit der Ansicht kommt, eigentlich sei das was wir ihm vorwarfen, ja garnicht so schlimm und werfe auf seine politische Tätigkeit keinen Schatten.

Am 28. November 1907 erschien in der Volkstimme der vierte und letzte Artikel mit der Spitzmarke 'Preßstimmen zu den Kommervorstandswahlen', der u. a. folgende Ausführungen enthielt:

Es ist eine geradezu unerhörte Erhebung, daß im gegenwärtigen wichtigen und entscheidungsschweren Momente des Vorkampfes der nationalliberalen Partei der größten Stadt des Landes, der Mannheimer 'General-Anzeiger', einem Mitglied der Führung überläßt, der sich heute, nach bald einem Jahr, von dem öffentlichen Vorwurf parteiverräterischen Treibens noch nicht gereinigt hat. Im selben Augenblick, wo in der nationalliberalen Landtagsfraktion die ältesten und erfahrensten Politiker sich in den schärfsten Ausdrücken gegen die Quertreibern dieses jungen Herrn ergehen, greift dieser zur Feder, um der Parteileitung neue schwere Verlegenheiten zu bereiten und die ganze Partei und ihre Taktik aufs schändlichste bloßzustellen.

Etwas Tolleres an verantwortungsloser Privatität, Aufwand mit widerwärtigster Unklarheit, ist im politischen Meinungskampf wohl kaum einmal beigegeben als das, was das 'eigene Karlsruher Bureau des 'Gen.-Anz.', vertreten in der Person des Herrn Georg Christmann, gestern abend über die Kommervorstandswahlen verappte. Derselbe Herr, der im Oktober 1905 dem Zusammengehen der Liberalen mit der Sozialdemokratie am lautesten das Wort redete und nach seinem eigenen Ausdruck nur deshalb in der nationalliberalen Partei verließ, um ihre linksstehenden Elemente zu den Demokraten hinüberzuziehen, — dieser selbe Herr empfindet jetzt seiner Partei, aber auch jede Beziehung zur Sozialdemokratie abzubrechen. Und er ist der Ansicht, daß nicht nur die Sozialdemokraten — dieselben Sozialdemokraten, mit denen er nicht das geringste zu tun haben will — sich tief unter das nationalliberale Joch hätten beugen und sich die Person ihres Abgeordnetenscheidungskandidaten von ihnen hätten vorführen lassen sollen, sondern daß auch die Konventionen die Pflicht hätten, sich ihrer Verantwortung voll bewußt zu sein und dem Liberalen ihre Stimme zu geben. Im selben Atemzug brüskiert das Herrchen aber die konföderative Partei aufs schändlichste, indem es ihr schamlos ein diplomatisches Geschick und die 'politische Verantwortung' abspricht, hochmütig eine durchgreifende Reform ihrer Partei verlangt und sie als 'Zentrumsirabanten' beschimpft. Wir wissen nicht, inwiefern in erst zu nehmenden nationalliberalen Kreisen ein Zusammenwirken mit der konföderativen Partei in Betracht gezogen wird; Rängeln-Leistungen von der des Herrn Ch. aber sind sicher dem angetan, alle derartigen Pläne der Parteileitung von vornherein zu durchkreuzen und die Konventionen immer dem Zentrum zuzutreiben. Man verleiht von einer Partei, die ernst genommen werden will, daß sie ihre Presse in Acht hält und darin nicht Mißereien duldet, die noch allen Seiten hin verlesen müssen.

In dieselbe Kategorie jugendlicher Entlassungen gehören die Schmalzeiherien, die Herr Ch. an den Demokraten verübt. Sie hätten sich, meint er, selbst widersprochen, da sie, entgegen dem Wunsch des Herrn Ch., bei der Wahl des zweiten Vice dem Abg. Ged. ihre Stimmen gaben; und die Liberale Vereinnung bestrebt sich nicht mehr. Dabei unterschätzt der Herr die Tatsache, daß die Demokraten sowohl in der 'Frankf. St.' wie in der 'Neuen Wö. Landeszeitung' von vornherein kundgaben, daß die nationalliberalerlei vorzuziehene Gründe für die Nichtwiederwahl Ged. ihnen nicht genügend erschienen und sie nach wie vor bei der Anerkennung des sozialistischen Anspruchs beharren würden. Man sieht daraus, wie wenig mohester Selbstüberhebung und nichtsnährlicher Unbeherrschtheit Herr Georg Christmann die Unterordnung aber auch aller Parteien unter seine eigenen Wünsche verlangt. Und das alles, obwohl er, wie erwähnt, den Nachweis der eigenen politischen Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit erst noch zu erbringen hat.

Was der junge Herr über die Sozialdemokratie zusammenfaßt, und wie er ihre Unterwerfung unter den Willen der Nationalliberalen und die Hergabe ihrer Stimmen für diese im selben Atemzug fordert, indem er erklärt, seine Partei müsse 'aber auch jede Beziehung zu ihr abbrechen', das kann lediglich noch den Psychologen interessieren. Wer aber nicht den Anspruch auf ernste Beachtung erheben. So viel aber steht fest: es ist ein Skandal für die nat.-lib. Partei, daß Leute von der Sorte Christmann in ihr eine führende Rolle spielen können. Menschen, denen jede andere politische Vereinigung längere den Stuhl vor die Tür gesetzt hätte. Wie der Herr, so das Herrchen — wie die Presse, so die Partei. Und wenn die derzeitige Leitung der hiesigen Nationalliberalen, anstatt noch einem gangbaren Anschlag auf ihrer bekräftigten Lage zu suchen, junge Leute des grobe Wort führen läßt, die in ihrer maßlosen Selbstüberhebung das Ansehensgefühl herab bringen, es mit allen zu verderben, — wohlen, uns laßt recht sein. Wen die Götter ordnen wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Der Privatbeklagte Ged.

Machte hierauf zur Klage folgende Ausführungen: Bei der ganzen Polemik gegen Herrn Christmann lag mir jedes persönliche Moment fern. Die Situation war folgende: In Baden hatten wir im Jahre 1905 eine intensive Verbindung mit den Liberalen und auch im Laufe der folgenden Jahre wurde beiderseits eine Rücksicht infassen genommen, daß man es vermeiden sollte, ohne Not gegen einander zu polemisieren. Herr Christmann gehörte damals (1905) zu den Anhängern der Stichwortpolitik, er gehörte zum linken Flügel der liberalen Partei und entfaltete seine Tätigkeit dahin, die Jungliberalen nach links zu ziehen. Bislich trat eine Wendung ein. Herr Christmann ging in klarer Weise gegen unsere Partei vor, stellte alte, bewährte Parteiführer als Kadaver dar. Nun kam unser Parteitag in Mannheim. Da brachte der 'General-Anzeiger' verschiedene Artikel, die von Gehässigkeiten gegen uns handelten. Nach Verlesung einiger solcher Artikel trat der Beklagte fort: Wie behandeln in unserer Partei die Klagefrage sehr streng und lassen uns nicht unterstellen, wir würden uns mit dieser Frage nicht beschäftigen. Herr Christmann hat unsere Parteiverhandlungen angeordnet und das Gehörte in seinen Schmäherlein in größtmöglicher Weise mißhandelt. Wir besprochen uns, ob wir ihn noch weiter bei uns dulden wollten, aber der Parteitag legte sich über die Sache hinweg.

Mitte des vorigen Jahres wurde Herr Christmann als Vertreter des Herrn Dr. Goldmann nach Mannheim geschickt. Damals hat er wieder solche Artikel geschrieben. Inzwischen hatte ich die Mitteilung erhalten, daß Herr Christmann in Karlsruhe einen Demokraten gegenüber geäußert, er gehöre innerlich nicht zu den Nationalliberalen, er bleibe nur deshalb bei ihnen, um die Jungliberalen zu den Demokraten hinüberzuziehen. Nach der Ludwigshafener Anpöbelung war der Zeitpunkt zum Angriff gekommen. Ich



Wohl einmal Luft zu machen. Es ist verfehlt, hier auf frühere Artikel des Herrn Christmann Bezug zu nehmen.

Die Volkstimme hat sich aber bezüglich dieser Rede weise als Rechts begeben. Was Herr Christmann schrieb, war Resende. Es ist persönliche Gehässigkeit, daß man diese sachlichen Auseinandersetzungen zum Anlaß nahm, gegen Christmann einen Schlag zu machen.

Die fragliche Unterlage zum Schlag hat Herr Geel eine Aeußerung gegeben, die früher in einem Wirtshaus gefallen ist. Nach Bogels Aussage, die ich für die richtige halte, ist damals zufällig Herr Christmann bei der Kammerdebatte herangelommen.

Was diese Aeußerung anbelangt, so ist hier der Abg. Vogel der geeignete Richter, und dieser erklärte, daß diese Aeußerung im Sinne gemacht wurde. Es war eine Aeußerung, die gemacht wurde, wenn er im Sinne ist.

Herr Geel hat die Behauptung aufgestellt, daß in der Tat Christmann nicht bloß eine solche gelegentliche Zusage gemacht habe, sondern daß sein politisches Borgehen auch in der Tat einer bestimmten Richtung entsprachen habe.

Hätte Herr Geel sachlich über diese Artikel gesprochen, so würde die Notwendigkeit zur Klage nicht eingetreten sein. Aber die Form war so bedauerlich, daß ich mich nicht zu enthalten lassen konnte.

Rechtsanwalt Dr. Franke

Wäre auch: Sie mögen die Artikel des Angeklagten als weit über die Grenzen hinausgehend erachten und den Angeklagten demgemäß strafen.

Der Privatkläger selbst sagte, er sei gewunden gewesen, weil seine journalistische Ehre in Frage stehe. Er weicht damit die schwereren Vorwürfe gegen Inhalt und Form seines journalistischen Auftritts.

In Ludwigshafen hat eine Versammlung stattgefunden. Es kann man sein, daß die Information des Klägers falsch war. Daran macht man ihm keinen Vorwurf.

Herr Vogel hat die Auffassung geäußert, es handle sich um keine Äußerung. Ein Vertreter der national-liberalen Abgeordneten, Herr Löffler, hat Herrn Christmann vor Klage warnen wollen.

Ding gehört haben, von dem größten Teil der national-liberalen Partei. Wenn er den gleichen Eindruck gewonnen hat, wie die Freunde Christmanns, ist das nichts Persönliches.

Die Form, die der Beklagte anwandte, war vielleicht zu scharf. Christmann mußte sich aber von allen Seiten gegen die Tätigkeit nicht vereinbar sind.

Nach kurzen Replik der Verteidiger und nach Ausführungen des Klägers und Beklagten, die wir morgen gleichfalls nachgetragen werden, sieht sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück.

Das Urteil.

Nach etwa einstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende das folgende Urteil: Der Angeklagte Doktor Geel wird wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu 50 M. Geldstrafe eventl. 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Urteilsbegründung wird ebenfalls morgen nachgetragen. Der Verteidiger des Privatklägers hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Ernannt wurde Finanzminister Robert Aulich bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens zum Reichsminister.

Zugezogen wurde Resident Dr. Hofmeister beim Bezirksamt Barmen zum Reichsamt für Ausweisung.

Befördert wurde Hauptkontrolleur Anton Dörner bei der Bahnbauinspektion nach zum Bahnbauinspektion Oberbach und Reichsinspektor Joseph Birkenmeyer beim Amtsgericht Weichselberg zum Amtsgericht Weichselberg.

Übertragen wurde dem Postinspektor Friedrich Koch aus Basel die Stelle eines Postinspektors bei dem Postamt in Freiburg, dem Oberpostinspektoren Wilhelm Kraus aus Unterweilheim unter Ernennung zum Postinspektor eine Postinspektorstelle bei dem Postamt in Freiburg und dem Postinspektor Hermann Bauer aus Wagnstadt die Postinspektorstelle bei dem Postamt in Schopfheim.

Angestellt wurde Oberpostinspektor Carl Christoph Schäfer aus Weichsel in einer Oberpostinspektorstelle beim Postamt in Waldbrunn.

Zur Wahl des neuen Oberbürgermeisters. Bei einer Aussprache, welche in einer Kommission der vereinigten liberalen Parteien gestern über das Ergebnis der vorgestrigen Fraktionsabstimmungen erfolgte, wurde von einer endgültigen Entscheidung für irgendwelche Persönlichkeiten vorläufig noch Abstand genommen.

Bei den Frühjahrskontrollerversammlungen, die p. H. Landau, Landob stattfinden, werden die Mannschaften der Landwehr, soweit sie geborene Badenener sind, auf Großherzog Friedrich II. verzeichnet.

Ertrunken. Heute vormittag fiel am Neckarstrand das 14jährige Kind des Kapitäns Dreht von Bord des Bootes „Niederland“, Gedruder Rauche gehörig, in den Neckar und ertrank.

Schwerer Unfall. Beim Bau eines Kranens auf der Rheinbahn durch die Firma Heinrich Lehmann u. Co. wurde heute vormittag 10 Uhr ein Balken herab auf zwei dort beschäftigte Arbeiter.

Von Tag zu Tag.

Sittlichkeitsverbrechen. Düsseldorf, 24. April. In einem Buch an der Gellheimer Halde auf dem Düsseldorf-Truppenübungsplatz verübte ein unbekannter Mann an einem 14jährigen Mädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen.

Reisefreue in Italien. Rom, 24. April. Aus verschiedenen Gegenden melden die Zeitungen aussonderliche Temperaturverhältnisse. Die Avenuzina sind mit Schnee bedeckt.

Bermittelte Bergsteiger. Wien, 24. April. Vier Wiener, die am Ostermontag eine Besteigung des Schneebergs unternahmen, werden seither vermisst.

Selbstmord eines Bankiers. Paris, 24. April. Wie die „Liberte“ meldet, beging ein aus Trient stammender Finanzmann namens Peruggia im Grand Hotel Selbstmord.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

München, 24. April. Die bayerische Bischofskonferenz hat gestern in Freyding unter Teilnahme sämtlicher Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns begonnen.

Neu, 24. April. Der „Lorrain“ meldet, daß die 6 Infanterien der Meuse Garnison, welche an Orlens die französische Grenze überschritten haben, mit 16 Tagen Arrest bestraft wurden.

Die Versicherung der Privatbeamten.

München-Gladbach, 24. April. In einer Versammlung teilte H. „Hess. Ztg.“ der Reichstagsabgeordnete Eitfert mit, bei einer in den letzten Tagen im Reichsamte des Innern erfolgten Besprechung wurde erklärt, die Regierung werde dieses Jahrzehnt nicht vorübergehen lassen, ohne dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Reichsversicherung der Privatbeamten zu unterbreiten.

Der 1. Mai.

Gallea, Saale, 24. April. Der Verband der Metallindustriellen von Halle und Umgebung beschloß, die Feierlichkeiten zu entlassen.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Berlin, 24. April. Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe, die heute früh im Rathaus fortgesetzt wurden, hatten den Erfolg, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Baugewerbes eine Verständigung dahin erzielt wurde, daß ein neuer Vertrag auf der Grundlage des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrages abgeschlossen werden soll.

Das Nordsee- und Ostseeabkommen.

Petersburg, 24. April. Alle hiesigen Blätter begrüßen die gestern unterzeichneten Verträge über die Ostsee und Nordsee in sympathischer Weise. „Nowoje Wremja“ meint, indem Rußland den Wünschen Schwedens und Norwegens entgegenkam, nahm es Veranlassung, seine Nachbarn zu beruhigen.

Berlin, 24. April. Das gestern hier unterzeichnete Nordseeabkommen (Deklaration nebst Memorandum) lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

1. Deklaration. Die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden sind von dem Wunsche geleitet, die zwischen ihnen bestehenden Bande nachbarschaftlicher Freundschaft zu stärken und dadurch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen.

2. Memorandum. Bei der Unterzeichnung der Deklaration vom heutigen Tage stellen die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen Folgendes fest: 1. daß der durch diese Deklaration anerkannte Grundgedanke der Aufrechterhaltung des status quo nur die territoriale Integrität aller gegenwärtigen Besitzungen der hohen vertragsschließenden Teile in den an die Nordsee grenzenden Gegenden ins Auge faßt.

Die Karuben in Indien.

Kalkutta, 24. April. Eine beschleunigte Mobilmachung von drei Brigaden für die Nordwestgrenze wurde befohlen. Lord Kitchener ist eilig von Cuneo nach Simla abgereist.

Volkswirtschaft.

Von der Reichsbank. In den letzten Tagen waren die Aktienkurse bei der Reichsbank etwas besser, so daß der nächste Status des Instituts gegen das Vorjahr wieder eine Besserung bringen wird.

Chemische Werke vorm. S. u. C. Albert, Amöneburg-Biebrich. Nach dem Geschäftsbericht für 1907 schließt sich der Ertrag aus den zulässigen Kapitalbeteiligungen ebenso befriedigend wie das Ergebnis der eigenen Industrie befriedigend.

Volkswirtschaft.

„Vita“, Versicherungs-Aktiengesellschaft, Mannheim.

In der heute vormittag unter Vorsitz des Herrn Reichs...

Der Beschluss der Generalversammlung, dem Vorschlag des...

Wie sich aus dem vorliegenden ausführlichen Jahresbericht...

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz. Der lang...

Die Deutsche Bau- und Holzindustrie in Hof erstellte im...

Wälderische Druckerei, A.-G., Kischingen. Das Ge...

Jäger u. Co., A.-G., Scheidebauersfabrik in Erlangen. Der...

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. In der Sitzung...

Wiederholte Aktien-Verein für Bergbau (Lehe der, Mat...

Deutsche Transport-Versicherungsgesellschaft in Berlin. Di...

Spratt, A.-G., Berlin. Die Spratt's Patent-Aktie-Gesell...

Verband sächsischer Bleicherer- und Färbereibesitzer. Die...

Deutsche Holzwerke. Wie die Verwaltung mittelst, dürfte...

Das Schranck'sche Stahlwerk, die für das erste Quart...

Chemische Fabriken Geranheim-Deutrich, A.-G. W. Das Re...

wie im Vorjahr der außerordentlich niedrige Rheinwasserstand...

Der Konfidentenverlust ist in der Hauptfache durch die...

Der Geschäftsgang im laufenden Jahre kann bis heute als...

Die Bilanz per 31. Dezember 1907 verzeichnet am Aktiva:

Unter der Passiva befinden sich: Waren-Archivoren Markt...

Das Gewinn- und Verlust-Konto zeigt folgende Aufwändun...

Den ausweislich der Bilanz sich ergebenden Reingewinn...

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz. Der lang...

Die Deutsche Bau- und Holzindustrie in Hof erstellte im...

Wälderische Druckerei, A.-G., Kischingen. Das Ge...

Jäger u. Co., A.-G., Scheidebauersfabrik in Erlangen. Der...

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. In der Sitzung...

Wiederholte Aktien-Verein für Bergbau (Lehe der, Mat...

Deutsche Transport-Versicherungsgesellschaft in Berlin. Di...

Spratt, A.-G., Berlin. Die Spratt's Patent-Aktie-Gesell...

Verband sächsischer Bleicherer- und Färbereibesitzer. Die...

Deutsche Holzwerke. Wie die Verwaltung mittelst, dürfte...

Das Schranck'sche Stahlwerk, die für das erste Quart...

Chemische Fabriken Geranheim-Deutrich, A.-G. W. Das Re...

Die Neapolitanische Società Italiana per Automobili...

Neue Aufstellungen. Die Juwelierfirma Georg Kron, S...

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns: Reichsbank-Diskont 1/2 Prozent, Wechsel, Amsterdam, Berlin, London, etc.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with columns: 3 1/2% deutsch. Reichsanl., 3% pr. konf. St.-Anl., 4% böhmische St.-Anl., etc.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns: Bab. Ludersfabrik, Südb. Immobilien-Ges., etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table with columns: Lübbigsh. Seefahrer, Süddeutsche Seefahrer, etc.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns: 4% Pr. Pfdb., 4% Pr. Pfdb. auf 15, etc.

Bau- und Bergwerks-Aktien.

Table with columns: Böhische Bank, Berg u. Metallh., etc.

Bergwerks-Aktien.

Table with 2 columns: Bergwerks-Aktien (e.g., Bodamer Bergbau, Harpener Bergbau) and their respective prices.

Frankfurt a. M., 24. April. Kreditaktien 198 70, Staatsbahn 148 20, Lombarden 24 60, etc.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for various securities like Reichsanleihe, Staatsbahn, and others.

Privatdiskont 4 1/2 %

W. Berlin, 24. April. (Telegr.) Nachbörse, Staatsbahn 148, Lombarden 24 70.

Pariser Börse.

Table of Paris stock market prices for various securities.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market prices for various securities.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, and other goods.

Budapest, 24. April. (Telegramm.) Getreidemarkt.

Table of Budapest grain market prices for wheat and rye.

Liverpool, 24. April. (Anfangsnotiz.)

Table of Liverpool commodity prices for cotton and other goods.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 24. April. (Offizieller Bericht) Im Verkehr standen heute: Mannheimer Vogerhausaktien zu 87 pCt.

Obligationen.

Table of various bonds and obligations with their respective terms and prices.

Aktien.

Table of various stocks and shares with their respective prices.

Table of various industrial and commercial stocks.

Telegraphische Handelsberichte.

B. von der Frankfurter Börse. Die Zulassung der nom. Kap. 3 150 000 M. Reichlich Chinesische Eisenbahn-Pfand-Staatsanleihe...

Gerichtszeitung.

§ Mannheim, 23. April. Strafkammer III. Vorz.: Landgerichtsdirektor Dengler, Vertreter der Groß-Staatsbehörde: Alffler Geisler.

Der 40 Jahre alte Metzger und Metzler Georg Gradenauer aus Friedrichsfeld ist Vater von acht lebendigen Kindern, was ihn aber nicht abhält, noch galanten Abenteuerern nachzugehen...

Eine ungeheuer leichtsinnige Handlungsweise lag dem 29 Jahre alten Landwirt Karl Siz aus Dembsch zur Last. Als ihn Kinder ärgerten, holte er ein Fliegenwedel und schlug in den Schwanz...

Der 19 Jahre alte Fabrikarbeiter Adam Krob aus Pfaffenloch kam bei Fahrradhändler Schmeißer in Schwellingen ein Rad aus Abzahlung...

Das 15jährige Dienstmädchen Marie Hoffmann aus Kreuznach hat am 6. April d. J. in Redaran einem anderen Dienstmädchen 15 Mark bar, Stoff für ein Kleid und ein Paar Pantoffeln entwendet...

Der Tagelöhner Ludwig Schröder aus Weinheim ist nicht zufrieden mit einem schöffengerichtlichen Urteile, das wegen Körperverletzung auf 2 Wochen Gefängnis lautete...

Der Tagelöhner Ludwig Schröder aus Weinheim ist nicht zufrieden mit einem schöffengerichtlichen Urteile, das wegen Körperverletzung auf 2 Wochen Gefängnis lautete...

Weil ihnen angeblich zu viel Strafgeld abgezogen wurde, machten die Glycerin-Ärztin und Georg Sommer am 22. Oktober dem Glycerin-Ärztin Adam Vorheimer in Heidenheim eine böse Scene...

Der 19 Jahre alte Fabrikarbeiter Adam Krob aus Pfaffenloch kam bei Fahrradhändler Schmeißer in Schwellingen ein Rad aus Abzahlung...

Das 15jährige Dienstmädchen Marie Hoffmann aus Kreuznach hat am 6. April d. J. in Redaran einem anderen Dienstmädchen 15 Mark bar, Stoff für ein Kleid und ein Paar Pantoffeln entwendet...

Säute- und Felle-Auktion der Süddeutschen Fleischmelze.

Bei der am 22. April stattgehabten Auktion wurden nachstehende Preise erzielt: Rindhäute: bis 59 Pfd. 46 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 46,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 46,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 44,5 Pfd., 90 bis 99 Pfd. 43 Pfd., 100 und mehr Pfd. 43,5 Pfd., etc.

Farrenhäute: unter 100 Pfd. 37,5 Pfd., über 100 Pfd. 31,5 bis 34,5 Pfd., unter 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 41,5 bis 42 Pfd., über 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 34,5 bis 36,5 Pfd., etc.

Rindhäute: bis 59 Pfd. 50,5 bis 52 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 51 bis 52,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 48,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 48,5 Pfd., 90 bis 99, 100 und mehr Pfd. 46,5 Pfd., etc.

Ochsenhäute: bis 59 Pfd. 48,5 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 47,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 45,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 47 Pfd., 90 bis 99 Pfd. 43 bis 43,5 Pfd., 100 bis 109 Pfd. 40,5 bis 41 Pfd., etc.

Waldjelle (ohne Kopf): I. Gewichtsklasse über 12 Pfd. M. 9,90 per Stück, II. Gewichtsklasse von 10 bis 12 Pfd. M. 8,00 per Stück, III. Gewichtsklasse von 8 bis 10 Pfd. M. 8,40 per Stück, etc.

Waldjelle: I. Gewichtsklasse über 12 Pfd. M. 9,90 per Stück, II. Gewichtsklasse von 10 bis 12 Pfd. M. 8,40 per Stück, III. Gewichtsklasse von 8 bis 10 Pfd. M. 8,40 per Stück, etc.

Hammelfellen: M. 5,- per Stück, - Hammelflecken: M. 2,25 per Stück.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adresse: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637, 24. April 1908, Provisionsfrei!

Table of various goods and services with prices and descriptions, including flour, oil, and other commodities.

Geschäftliches.

„Nord-Express“ ist die neue Bezeichnung des jeden Montags herausgegebenen Beiblattes „Zum Geden an die Waise“ in P. 2, 3, in nächster Nähe der Hauptstadt, etc.

Die Herzen der ganzen Damenwelt erobert „Amor“ heute mehr als je: denn alle Damen, welche einen Versuch mit dem Metall-Fuß-Glanz „Amor“ machen, sind erfreut über die Schnelligkeit, mit welcher dieses Schmuckstück...

Responsible: Für Politik: Dr. Fritz Goldensbaum; für Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Alfred Becken; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Wiesel; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kirker; Druck und Verlag bei Dr. D. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.





Harzes, weisses Alpakka-Metall (la. la. Neusilber) als Unterlage, Garantie für die eingestempelte Grammzahl der Silberauflage, Verstärkung der Versilberung an Spitzen u. Auflegestellen nach der Württembergischen Metallwarenfabrik.

WMF Bestecke

eignem Verfahren (a b c). Dauerhafte, unübertroffene Befestigung der Messerklingen, Lockerwerden ausgeschlossen. Handpolitur mit Stahl u. Blutstein; keine abschleifende Maschinenpolitur.

Die mit extrastarken Angeln versehenen Klagen werden nicht eingeklinkt, eingeklinkt oder verankert, sondern mit einer Metallkapselung nach einem Verfahren eingepreßt. Das Auswechseln von schabhaften Klagen macht keine Schwierigkeiten.

Niederlage in Mannheim bei: Carl Ziegiwalner, O 3, 4a, Planken, neben der Hauptpost. 74101

Bekanntmachung.

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Regenzeit...

„VITA“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Mannheim. Bilanz für den Schluss des Geschäftsjahres 1907.

Table with columns A. Aktiva and B. Passiva, listing various assets and liabilities with monetary values.

Die Anzahlung der Dividende von 7 1/2 % Mk. 17,15 auf die Aktie, erfolgt gegen Einlieferung des Dividendscheines für 1907 von Samstag, den 25. April d. Js. an bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Mannheim, und bei den Herren H. L. Hohenemser & Söhne, Mannheim.

MANNHEIM, den 24. April 1908.

Der Vorstand. Dr. Oster.

ATLAS Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft, Ludwigshafen am Rhein.

Table with columns Aktiva and Passiva, listing assets and liabilities for the Atlas insurance company.

Der Jahresbericht kann kostenfrei von der Gesellschaft bezogen werden. Die Direktion. 78394

Culte Français.

Der bisher im Vereinslokal in K. 2 abgehaltene Französische Gottesdienst wird in Zukunft in der Kapelle des Heinrich Lanz Krankenhauses stattfinden.

Rehe

Rehen in allen Größen. Schupfen. Renner, franz. Belfige. Bouarden, Gapanen. Junge Enten, Gänse. Hamburger Hühner etc.

Obst- und Gemüsehandeln. Neue Gurken, Salat. Keltige, Spargel. Brühler Chicorée. Rabarber etc. Fisch- und See-Fische in großer Auswahl.

J. Knab & Co. 1, 5. Breitestr. 74100

Transmissions-Anlagen in allen Dimensionen billig. U 6, 5, - U 6, 5. Tel. 1122.

Unterricht. Existenz!

Jugelaufen. Scholl. Schürchen und junge auf. Vermischtes. Heirat.

Gold. Hute. Geldverkehr. Verloren. Ankauf.

Verkauf. Für Fleischer Ia. Existenz! Fleischerei u. Würstfabrik. Erstes Reisenden-Hotel. Stellen finden. Empfangsdame! Wein. Graves Mädchen. Tüchtige Köchin. Bereinigte Elektrolyt-Adriden.

Bekanntmachung.

Der Religionsunterricht in unserer Schule beginnt Sonntag, den 28. April. Anmeldungen neuerinteressierter Schüler und Schülerinnen finden an diesem Tage in unserem Schulsaal N 4, 7 von 9 bis 11 u. morgens anstatt oder ebenfalls schriftlich bei unserem Lehrer Eduard Bauer, Röllingstr. 48.

Bereinigung des israelitischen Religionsunterrichts G. S. Mannheim. 78393

D 1, 13 Georg Eichertler D 1, 13

Fernsprecher 2184. - Gegründet 1889. Wäsche- u. Ausstener-Geschäft. Spezialität: Herrenhemden.

Konzert-Platten zu Grammophon 3. Retournahme gebr. Platten. Edison-Goldguss-Walzen. L. Spiegel & Sohn Plankhof 22, 1. Grammophon-Centrale.

Gesichtshaare, Warzen, Leberflecken

entfernt vollständig mittels Elektrolyse unter Garantie des Kiewiederkommens. Elektrische Gesichtsmassage. Schmerzlos! Keine Narben!

Frau Louise Maier. Q 1, 20 (neben Landauer) Q 1, 20. Spezialistin für Haarrestauration.

Elektrische Lichtpansanstalt

F. Vowinkel, Inh. d. F. C. Ruppert. Telefon 2281. Mannheim. R 4, 15. Vervielfältigung von Bau-, Maschinen- etc. etc. Plänen.

Weis- und Blau-Pausen. Plandrucke und Negrographien. Die elektrische Einrichtung sichert rasante Belieferung. 2995

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung.

Günstiger Gelegenheitskauf! Gaslüster :: Spiezelampfen :: Gaszylinderlampen. Ampeln, Badelampen, Emaille-Badewannen, Gaskochherde. 10 bis 20 Prozent Rabatt.

Carl Wagner. F 5, 4.

Marquisen

neuester Konstruktion empfiehlt Carl Steinmüller Kunst- und Hauschmuck. Tel. 3897. N 2, 5. Kostenanschläge gratis.

Wegen Ausgab der Weingüter verkaufen unter Einkaufspreis Flaschenweine, Liquore, Möbel und Hotelsilber bis 30. April 1908.

Karl Birk. „Hotel Reu“, L. 1, 5, 1. Viiten-Karten. Dr. F. Saas. Die Buchdruckerei G. m. b. H.

Stellen suchen. Zu vermieten. Wert- u. Platzmeister. A 2, 4. 5 Zimmer u. m. Erker, Bad und Küche, elektr. Licht p. l. Juli zu vermieten. 60224. Näheres bei Köhler.

Junger, tüchtiger Kaufmann. 18 Jahre, sucht Stelle als Kontorist, Lagerist oder Verkäufer. - Off. unter Nr. 21104 an die Expedition dieses Blattes.

Stellen finden. Empfangsdame! Eine jüngere Dame, die im Verkehr mit H. Publikation bewandert ist und eine gute Handschrift besitzt wird per 1. Mai zu engagieren gesucht. Offerten mit Photographie unter Nr. 60217 an die Expedition d. Bl. erb.

Graves Mädchen. das selbständig kochen kann und etwas Hausarbeit verrichten zu können ist zu vermieten. Näheres unter Nr. 60222 an die Expedition dieses Blattes.

Tüchtige Köchin. zu seiner Familie für sofort oder 1. Mai gesucht. Zimmermädchen vorhanden. Näheres unter Nr. 60223 an die Expedition dieses Blattes.

Bereinigte Elektrolyt-Adriden. Rheindartheim, Rheinpfalz, oder Straße 29, 2. St. 59944

Mietgesuche. Dame sucht ruhiges, sonniges, möbl. Zim. (Balkon, etc.) in ruhiger Straße. Off. unter Nr. 21104 an die Expedition dieses Blattes.

Bureaux. A 1, 1. Bureau zu vermieten. 21105. Bureauräume. bestehend aus 4 Zimmern zum Preis von 200.- sofort zu vermieten. 55490. Tafelstraße 16.

Möbl. Zimmer. B 3, 12, 2. St. schön möbl. Zimmer, freie Aussicht, mit ob. ohne! Preis an der 2. 21103. Quirringstr. 2, 18, 1. St. I. gut möbl. Zimmer zu vermieten per 1. Mai zu vermieten. 21106. O 7, 15. schönstes Zimmer mit schönem Erker oder Balkon, Preis bis 1. Mai zu verm. 21102. Kafenstr. 26, 1. St. u. möbl. 2 Zimmer, reparatur. eingerichtet per 1. Mai zu vermieten. 21104.